

# Österreich: Im heftigen Wind des Wandels

58

Oscar-Erich Kuntze

**Kräftiger konjunktureller Aufschwung im Jahre 2000. Spürbar schwächeres Wirtschaftswachstum 2001. Neuerliche Erholung der Konjunktur 2002. Geldpolitik bremst etwas. Finanzpolitik ist restriktiv und bringt Budgetkonsolidierung voran. Preisauftrieb wird langsamer. Arbeitslosenquote bleibt niedrig. Defizit der Leistungsbilanz sinkt allmählich.**

*Summary in English.*

Das soziale und politische Umfeld wird seit dem Frühjahr 2000 von einem heftigen Wind des Wandels geprägt, den die erheblich veränderten, auf die **Parlamentswahlen** vom Herbst 1999 gefolgten politischen Verhältnisse ausgelöst haben. Er stößt zwar weiterhin auf erhebliche Widerstände. Diese sind jedoch nicht stark genug, um vielfältige, einschneidende und überfällige Strukturreformen zu verhindern. Hiervon ist auch die bewährte Sozialpartnerschaft sowie die defizitäre soziale Renten- und Krankenversicherung betroffen. Hohe Wogen patriotischer Aufwallung schlugen im Jahre 2000 die von den Regierungen der anderen EU-Länder über Österreich verhängten »Sanktionen«.

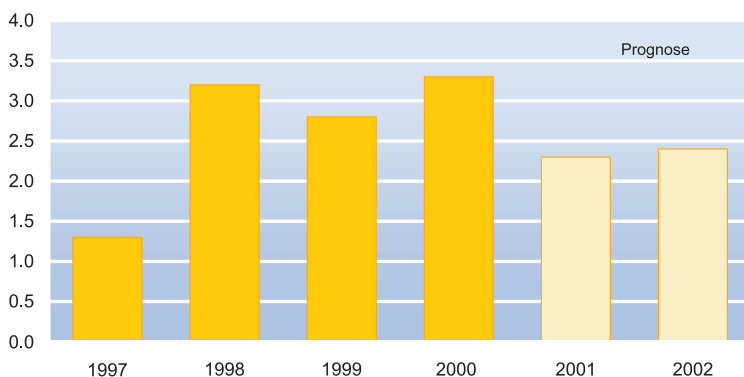
Die **Wahlen zum Nationalrat** vom Herbst 1999 legten die Grundlage für den seit Anfang 2000 kräftig wehenden Wind des Wandels. Die Sozialdemokratische Partei Österreichs (SPÖ) hatte kräftig an Stimmen und Parlamentssitzen eingebüßt und das schlechteste Resultat seit 1945 erzielt. Sie blieb aber stärkste Partei. Die mit ihr seit 1987 in einer Großen Koalition verbundene Österreichische Volkspartei

(ÖVP) konnte ihre Mandatszahl halten, doch die über Jahre hinweg im Aufwind liegende politisch rechts stehende Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) schloss zu ihr auf. Nachdem sich die bisherigen Koalitionspartner trotz monatelanger Verhandlungen nicht auf eine Neuauflage der Koalition einigen konnten, kam es im Februar 2000, begleitet von heftigen Manifestationen öffentlichen Unwillens, erstmals in der Geschichte der Zweiten Republik zu einer ÖVP/FPÖ-Koalition. Seitdem stellt die ÖVP nach drei Jahrzehnten sozialdemokratischer Kanzlerschaft wieder den Regierungschef. Das neue Kabinett Schüssel ging furchtlos an seine Aufgaben heran. Es brachte glaubwürdig eine Konsolidierung der Staatsfinanzen auf den Weg, packte überfällige Deregulierungen und weitere Privatisierungen an und scheut sich dabei nicht, sogar das öffentliche Dienstrecht (einschließlich des für die Universitätsprofessoren geltenden) zu reformieren und eine Pensionsreform auch gegen den Widerstand der Gewerkschaften durchzusetzen. Selbst die »immerwährende Neutralität«, seit der Unterzeichnung des Staatsvertrages 1955 ein österreichisches Tabu, wurde für obsolet und der NATO-Beitritt zum Fernziel erklärt. Dies alles wurde freilich von erheblichen Querelen innerhalb der Koalition begleitet.

Die SPÖ zeigt große Mühe, sich auf den Oppositionsbänken einzurichten, und bietet das Bild einer in jahrzehntelanger Machtausübung verbrauchten und innerlich gespaltenen Partei. Sie kann daher dem neuen wirtschaft- und sozialpolitischen Kurs wenig substanziellen Widerstand entgegensetzen. Auch der ihr nahestehende Österreichische Gewerkschaftsbund (ÖGB) konnte sich, intern zerstritten, noch nicht auf die neue Situation einstellen. Wenn die Regierungskoalition nicht über ihre eigenen Beine stol-

**Reales Bruttoinlandsprodukt**

Veränderungsrate in %



Quelle: EUROSTAT, Prognose des ifo Instituts.

pert, hat sie gute Chancen, die **Legislaturperiode durchzustehen**. Kürzlich deuteten deren Spitzenpolitiker sogar die Möglichkeit einer Zusammenarbeit über das Jahr 2003 hinaus an. Grund für ein Scheitern könnte in erster Linie der vor gut einem Jahr von seinem Amt als FPÖ-Parteivorsitzender zurückgetretene Kärntner Landeshauptmann (Ministerpräsident) Haider bieten, dessen Partei im Herbst 2000 bei den Landtagswahlen in ihrer Hochburg Steiermark eine empfindliche Schlappe erlitt. Er bestimmt auch jetzt noch das Handeln der Partei wesentlich mit. Jahrelang hatte er die wachsende Zustimmung – gerade auch »linker« – Wähler gewonnen, weil er die Unbeweglichkeiten und Verfilzungen der tradierten Strukturen gleichermaßen beherzt wie populistisch attackierte. Allerdings neigt er zu – manchmal auch törichten – Querschüssen. Mit diesen muss er jetzt vorsichtiger umgehen, da die FPÖ in der Wählergunst den Zenit überschritten zu haben scheint. Denn ein Scheitern der Koalition würde für die FPÖ den Marsch in die Opposition bedeuten, von wo aus sie nur geringe Möglichkeiten hätte, auf die Bundespolitik einzuwirken.

Die Regierungsbeteiligung der FPÖ wurde im europäischen Ausland meist konsterniert zur Kenntnis genommen. Die Regierungen der anderen EU-Länder sahen sich sogar ohne rechtliche Grundlage bewogen, die bilateralen Beziehungen zur österreichischen Administration einzufrieren – so genannte »Sanktionen« zu verhängen. Diese voreiligen, überzogenen und in der Geschichte der europäischen Integration seit 1959 einmaligen Maßnahmen wurden mit einer potentiellen Gefährdung des europäischen Wertekanons begründet. Hierauf antwortete nicht nur die österreichische Bevölkerung ablehnend. Auch Regierungen von kleineren (vor allem die skandinavischen) EU-Mitgliedern sowie von Beitrittsländern reagierten alarmiert auf diese Pressionen. Im Herbst 2000 hat man diese stillschweigend aufgehoben, nachdem ein international besetzter »Weisenrat« dies für geboten erachtet hatte. Im Endergebnis wurden durch die »Sanktionen« das österreichische Selbstverständnis sowie der Zusammenhalt zwischen Regierung und Bevölkerung gestärkt, enge Beziehungen zu kleineren EU-Mitgliedern installiert und die Emanzipation von den großen EU-Ländern gefördert.

Obwohl der **Wind des Wandels** kräftig bläst, ist es nicht angebracht, schon von einer Dritten Republik zu sprechen. Die Institutionen der Zweiten Republik bewältigen die Veränderungen einwandfrei. Auch wenn es bei Ankündigung oder Beschluss einschneidender neuer Maßnahmen weiterhin zu – meist kleinen – Demonstrationen kommt, ist doch nicht zu übersehen, dass die neue Normalität mehrheitlich von der Bevölkerung akzeptiert wird, obwohl oder gerade weil sie auch das Aufweichen der seit dem Beginn der Ersten Republik 1918 bestehenden, aber zunehmend überholten Teilung des Landes in eine »rote« und eine »schwarze« »Reichshälfte« bedeutet.

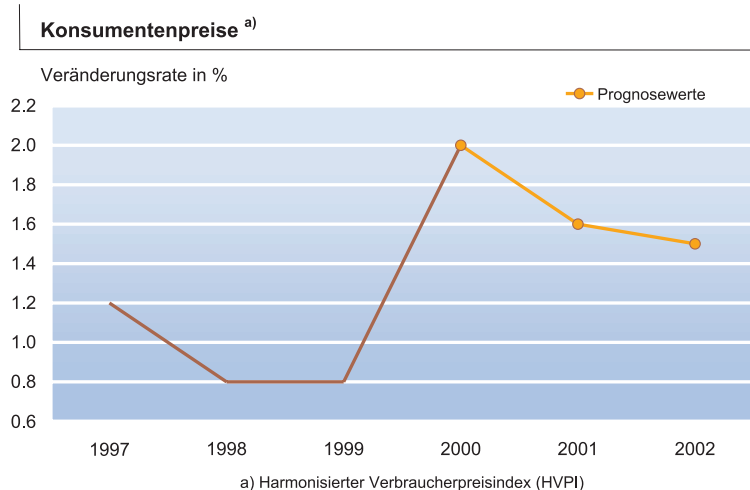
Von dieser Entwicklung bleibt auch das bewährte korporatistische System der **Sozialpartnerschaft** nicht verschont. Dabei haben die Arbeitgeberorganisationen im Zuge eines Generationenwechsels die Initiative ergriffen, während die Gewerkschaften zunächst noch wenig Beweglichkeit zeigen. Mit Veränderungen des überkommenen österreichischen »Kammerstaats« soll das Miteinander der Sozialpartner – bei dem auch der Staat immer eine bedeutende Rolle spielte und weiter spielt – von einer Verteilungspartnerschaft zu einer Plattform umgewandelt werden, die für die Lösung der wesentlichen Zukunftsfragen des Landes langfristige Strategien entwickelt. Radikale Lösungen werden indes ausgeschlossen, weil der österreichischen Mentalität zuwiderlaufend. Es wird also beim pragmatischen und weitestgehend konsensualen Miteinander der Sozialpartner bleiben, auch wenn jetzt häufiger gestreikt wird, während Arbeitsniederlegungen jahrzehntelang so gut wie unbekannt waren.

Die **Wirtschaftspolitik** hat die drängendsten Probleme angepackt und die Lösungen teilweise schon auf den Weg gebracht. Bei dem wahrscheinlichen Fortbestand der Koalition folgt sie einer mittelfristig berechenbaren, auf Stärkung des Wirtschaftsstandorts Österreich durch Konsolidierung der Staatsfinanzen, Deregulierung, Privatisierung sowie eine Stärkung der Eigenverantwortung für Unternehmen und Private abstellenden Linie.

### Wirtschaftsentwicklung im Jahre 2000

Die **weltwirtschaftlichen Rahmendaten** stellten sich wie folgt dar: In den **USA** stieg das reale Bruttoinlandsprodukt um rund 5%. In **Japan** erhöhten sich Nachfrage und Produktion um ca. 1½%. In **Mitteleuropa** expandierte die gesamtwirtschaftliche Erzeugung um ungefähr 3¾%. In **Westeuropa** nahm das reale Bruttoinlandsprodukt um rund 3½% zu; in der EU und im Euro-Raum stieg es in ungefähr gleichem Maße und in Deutschland um 3%. Der Einfuhrpreis für **Rohöl** betrug in den westlichen Industrieländern im Jahresdurchschnitt 28,3 US-Dollar pro Barrel; gegenüber 1999 entspricht das einer Erhöhung um 56,4%. **Industrierohstoffe** (ohne Öl) verteuerten sich gegenüber 1999 auf Dollar-Basis um rund 7%. Der **Wechselkurs des Euro** betrug im Schnitt des Jahres 0,92 US-Dollar. Das Volumen des **Welthandels** expandierte in einer Größenordnung von 12%.

In **Österreich** setzte sich der kräftige, Mitte 1999 begonnene Aufschwung bis zur Jahresmitte fort, hauptsächlich getragen von der sehr dynamischen Ausfuhr. Stimuliert von der Wirtschaftspolitik war auch die Inlandsnachfrage robust aufwärts gerichtet. Im Verlauf des zweiten Halbjahrs verlor der Aufschwung jedoch an Schwung, vor allem bedingt durch die langsamere Zunahme von Export und privatem Ver-



Quelle: EUROSTAT, Prognose des ifo Instituts.

brauch. Die von den anderen EU-Regierungen verhängten politischen Sanktionen hatten auf wirtschaftlichem Gebiet so gut wie keine Auswirkungen. Das **reale Bruttoinlandsprodukt** erhöhte sich vermutlich um gut  $3\frac{1}{4}\%$ , wobei die Lage auf dem Arbeitsmarkt günstig blieb. Auch konnte das Finanzierungsdefizit der öffentlichen Hand in Relation zum BIP stärker als geplant gesenkt werden. Andererseits beschleunigte sich der Preisanstieg erheblich, und die Leistungsbilanz wies einen erhöhten Fehlbetrag aus.

Die **Ausfuhr** von Gütern und Diensten nahm neuerlich mit ca.  $7\frac{1}{2}\%$  am lebhaftesten von allen Nachfragekomponenten zu. Die Warenexporte konnten mit rund 12% der Zunahme des Welthandels entsprechend ausgeweitet werden. Stimulierend wirkten die starke Zunahme des weltwirtschaftlichen Wachstums sowie die kräftige Aufwertung des US-Dollar gegenüber dem Euro; am raschesten wurden die Lieferungen nach Russland, Nordamerika und Ost-/Südostasien gesteigert. Vor allem weil in der Sachgüterproduktion mit 5,9% ein Sprung der Stundenproduktivität erfolgte, blieb die preisliche Wettbewerbsfähigkeit günstig. Die **Einfuhr** expandierte mit  $6\frac{1}{4}\%$  neuerlich langsamer als die Ausfuhr. Da sich die Terms of Trade ölpreis- und wechselkursbedingt erheblich verschlechterten, ist das Defizit der **Leistungsbilanz** leicht auf ungefähr 3% des BIP gestiegen.

Die zunächst sehr dynamische Zunahme der **Bruttoanlageinvestitionen** verlor seit dem Herbst infolge des ölpreis- und wechselkursbedingten Kaufkraftentzugs und der weniger schwungvollen Weltkonjunktur etwas an Tempo. Sie haben sich um ca.  $3\frac{3}{4}\%$  erhöht. Dabei blieb die Entwicklung gespalten. Annähernd doppelt so stark haben die Ausstattungsinvestitionen zugenommen, angeregt durch optimistische Absatz- und Ertragserwartungen, niedrige Zinsen und spürbar steigende Auslastung der Kapazitäten; im zweiten Halbjahr lag letztere in der verarbeitenden Industrie um 3,2 Prozentpunkte über dem Durchschnitt der neunzi-

ger Jahre. Aber auch der rasante technische Fortschritt sowie der zu forcierter Rationalisierung zwingende raschere Lohnanstieg wirkte ebenfalls anregend. Die Baukonjunktur, ohnehin schon verhalten, schwächte sich weiter ab, zumal die Rezession im Wohnungsneubau anhielt. Auch der öffentliche Bau ging zurück und im gewerblich-industriellen Bau ließ der Schwung nach.

Der **private Konsum** nahm um rund  $2\frac{3}{4}\%$  zu. Dahinter steht ein sehr dynamisches erstes Halbjahr, stimuliert durch die spürbare Senkung der Einkommensteuerlast vor allem für Familien, weiter steigende Beschäftigung und höhere Reallöhne. Hierauf folgte eine nur noch mäßige Ausweitung im zweiten Semester. Ursache waren die energie-

und importpreisbedingten Kaufkraftverluste sowie die vielfältigen Steuer- und Gebührenerhöhungen im Zuge der Budgetkonsolidierung. Der **öffentliche Verbrauch** ist aus dem gleichen Grunde verlangsamt ausgeweitet worden; gegenüber 1999 expandierte er um etwa  $2\frac{1}{2}\%$ .

Auf dem **Arbeitsmarkt** blieb die Lage günstig; hierzu haben auch 132 Betriebsansiedlungen ausländischer Unternehmen mit 5 420 neuen Arbeitsplätzen, das sind rund ein Fünftel der neu geschaffenen Stellen, beigetragen. Die Beschäftigung nahm um reichlich 1% zu. Die Zahl der Arbeitslosen sank deutlich; dies ist jedoch nicht nur eine Folge der guten Konjunktur, sondern (wie das verlangsamte Beschäftigungswachstum) auch das Resultat vermehrter Frühverrentungen. Im Jahresdurchschnitt ging die Arbeitslosenquote auf 3,3% zurück.

Die **Konsumentenpreise** sind im Schnitt des Jahres um 2% gestiegen (nach 0,5% im Jahre 1999). Von dieser Rate entfallen allein 0,3 Prozentpunkte auf die per 1. Juli 2000 angehobenen indirekten Steuern und Gebühren. Der wichtigste Inflationsimpuls kam jedoch von der ölpreis- und wechselkursbedingten Importverteuerung.

### Wirtschaftspolitik

Der Österreich durchwehende **Wind des Wandels** bewegt nicht nur Finanzpolitik und Sozialpartnerschaft kräftig, sondern bewirkt **strukturelle Veränderungen** auf vielen anderen und oft äußerst brisanten Bereichen: Sozialversicherung, gesetzliche Krankenversicherung, Ersatz der betrieblichen Abfertigungen durch Pensionsfonds, Forcierung von Privatisierung und Deregulierung, Neufassung des Zuwanderungsgesetzes und des öffentlichen Dienstrechts, Verwaltungsreform, Universitätsreform, Mietrechtsänderung, Streichung von Planstellen im Staatsdienst etc.

Von der **Wirtschaftspolitik** gehen heuer deutlich restriktive, 2002 aber kaum noch dämpfende Wirkungen auf die Konjunktur aus.

Die **Finanzpolitik** bleibt weiter auf Konsolidierungskurs und dämpft zunächst noch das Wirtschaftswachstum. Mittel- und langfristig stellt sie auf eine Senkung der im internationalen Vergleich weit überdurchschnittlich hohen Lohnnebenkosten ab, um Wachstum und Beschäftigung zu stärken. Der Bundeshaushalt 2000 war mit einem Nachtragsbudget bereits durch Einsparungen sowie Steuer- und Abgabenerhöhungen in diese Richtung getrimmt worden. Auf die Konjunktur hatte das zwar restriktiv gewirkt, aber zusammen mit konjunkturbedingten Steuermehreinnahmen (rund 0,5 Mrd. Euro) und Minderausgaben zu einem Rückgang des Finanzierungsdefizits der öffentlichen Hand auf 1,4% des BIP geführt (nach 2,1% im Jahre 1999). Hiervon entfallen indes 0,4 Prozentpunkte auf den Verkauf der UMTS-Lizenzen. Die Budgetplanungen sehen eine weitere Verringerung auf  $\frac{3}{4}$ % des BIP im laufenden Jahr (wobei der Bund nochmals ein Defizit, Länder und Gemeinden aber Überschüsse erwirtschaften) und einen ausgeglichenen Etat 2002 vor. Damit würde das mit der EU-Kommission für 2002 vereinbarte Konsolidierungsziel von 1,5% des BIP weit übertroffen. Allerdings basieren die Voranschläge auf nicht zu erreichenden Zuwachsraten des realen BIP von 2,8% im laufenden und 2,7% im kommenden Jahr. Um das hochgesteckte Ziel trotzdem zu erreichen, käme höchstens der Einsatz nicht mehr benötigter Währungsreserven der Zentralbank für den Schuldenabbau in Frage, wie er gegenwärtig diskutiert wird. Der Sparkurs wird das Wirtschaftswachstum in jedem Falle pro Jahr im Ausmaß von etwa  $\frac{1}{4}$ % des BIP dämpfen und die Steuer- und Abgabenquote 2002 auf den annähernden Höchststand von ca. 44,5% treiben. Für das Wahljahr 2003 sind allerdings wieder Steuererleichterungen vorgesehen; diese sollen jedoch teilweise durch eine Verbreiterung der Bemessungsgrundlage finanziert werden. Im laufenden Bundeshaushalt schlagen nicht nur Einnahmen aus den per Juli 2000 und Januar 2001 verfügbaren Steuer- und Abgabenerhöhungen (Tabak-, Alkohol- und Biersteuer, höhere Mehrwertsteuersätze auf Kaffee, Tee und Speisen in Restaurants; höhere Gebühren für neue Reisepässe, Personalausweise, Führerscheine sowie für die Benutzung der Autobahnen) voll zu Buche. Auch die Wirtschaft und die Bundesländer werden zur Konsolidierung herangezogen. Ferner wird der Verkauf von Darlehensforderungen des Bundes in erheblichem Umfang fortgesetzt, und in Bundesbesitz befindliche Wohnungen werden verkauft (diese Einnahmen, wie auch die UMTS-Erlöse, dienen voll der Schuldentilgung). Ausgabenseitig herrscht größte Sparsamkeit, wobei nennenswerte Einsparungen aus der Pensionsreform und dem auf 0,8% gebremsten Anstieg der Beamtengehälter erst 2002 anfallen. Auch der Stellenabbau beim Bund – im Laufe der Legislaturperiode werden etwa 15 000 Dienstposten eingespart – geht weiter. Heuer

sollen Bundesverwaltung und die Unternehmen des Bundes mehr als die Hälfte des Konsolidierungsbetrages erwirtschaften.

Die **Geldpolitik** der Europäischen Zentralbank (EZB) wurde vom Herbst 1999 bis zum Oktober 2000 sukzessive gestrafft. Der Hauptrefinanzierungssatz stieg von 2,5% auf 4,75%. Schon kurz darauf entspannte sich die Lage auf dem Geldmarkt jedoch wieder. So mussten für Dreimonatsgeld zuletzt nur noch 4,8% gezahlt werden, nach reichlich 5,1% Anfang November 2000. Kurzfristige Finanzierungen bleiben damit – egal, ob man auf die Taylor-Regel, den langfristigen Durchschnitt oder den Realzins rekurriert – immer noch günstig. Auch die Renditen langlaufender Staatsanleihen sind im vierten Quartal 2000 wieder gesunken und lagen zuletzt mit rund 5% spürbar unter dem Niveau der vorjährigen Referenzperiode. Aufkommende Inflationserwartungen konnten also gedämpft werden. Das Anziehen der monetären Zügel bewirkte zudem einen verlangsamten Anstieg der Geldmenge M3. Diese lag jedoch im Januar 2001 um 4,8%, und damit immer noch spürbar über den als jahresdurchschnittlichen Referenzwert vorgegebenen 4,5%; im Jahresmittel 2000 hatte die Zunahme, wie schon 1999, 5,6% betragen. Liquidität ist also reichlich vorhanden, selbst wenn sich die Geldmengenexpansion weiter der Zielgröße nähert.

Das deutlich über dem Potentialwachstum liegende Wirtschaftswachstum im Euro-Raum, die konjunkturelle Überhitzung in einigen Ländern sowie der Ölpreis- und Wechselkursbedingte Teuerungsschub haben die EZB zum **Drehen an der Zinsschraube** bewogen. Eine weitere Zinserhöhung ist angesichts der konjunkturellen Abschwächung in Westeuropa und in anderen Weltregionen nicht zu erwarten, auch weil die Preise langsamer steigen. Außerdem hat sich der Euro, nach ausgeprägter Abwertung gegenüber dem US-Dollar, dem Yen und dem Pfund Sterling ab Anfang 1999, seit Ende Oktober 2000 deutlich aufgewertet. Hierzu trugen zunächst Interventionen an den Devisenmärkten sowie ungünstige Unternehmens- und Konjunkturmeldungen aus den USA und aus Japan bei. In die gleiche Richtung wirkten die beiden Leitzinssenkungen in den USA um insgesamt einen Prozentpunkt auf 5,5% Anfang 2001.

Trotz dieser Lockerung und bei gegenüber 2000 unverändertem Geldmengenziel dürfte die **EZB ihren Leitzins** zumindest so lange unverändert lassen bis erkennbar ist, dass die konjunkturellen Spannungen im Euro-Raum (vor allem in den besonders lebhaft expandierenden Volkswirtschaften) deutlich schwächer werden, die Preise verhalten steigen, nennenswerte Zweitrundeneffekte des zurückliegenden Teuerungsschubs bei den Löhnen ausbleiben und sich der Wechselkurs des Euro gegenüber dem US-Dollar weiter erhöht oder zumindest tendenziell stabil bleibt. Dieser Zeitpunkt wird kaum vor dem Sommerhalbjahr 2001 eintreten. Bis dahin dürfte die Zentralbank der USA ihren Schlüssel-



zins weiter zurücknehmen. Sollte sich zudem die Konjunktur in den Vereinigten Staaten noch längere Zeit schwach entwickeln und die Weltwirtschaft merklich an Schwung verlieren, könnte die EZB ihren Leitzins dann ebenfalls herabsetzen. Die bereits jetzt sehr flache Zinsstrukturkurve im Euro-Raum würde ebenfalls einen solchen Schritt rechtfertigen, zumal sich das Wirtschaftswachstum im Euro-Raum heuer annähernd bis zum unteren Rand der hierfür jüngst von der EZB projektierten Spanne von 2,6 bis 3,6% (für 2002: 2,5% bis 3,5%) abschwächen dürfte. Auch wird die Verteuerung der Lebenshaltung mit etwa 2% dem unteren Ende der EZB-Marge von 1,8% bis 2,8% (für 2002: 1,3% bis 2,5%) sehr nahe kommen. Da monetäre Kursänderungen jedoch mit Verzögerung wirken, sind nennenswerte geldpolitische Impulse für die westeuropäische Konjunktur erst etwa ab Mitte 2002 zu erwarten.

Die **Einkommenspolitik** bleibt weiter stabilitätsorientiert. Erwartungsgemäß steigen zwar heuer die Löhne spürbar stärker als in den beiden Vorjahren mit recht moderaten Anhebungen. Doch setzt sich dabei die Tendenz zu branchenweise differenzierten Abschlüssen deutlich fort. So werden heuer die Beschäftigten der besonders hohe Produktivitätsfortschritte verzeichnenden Metallindustrie um 3,4% mehr Lohn bekommen. In den Bereichen Papier, Glas, Chemie, Stein und Keramik betragen die Anhebungen zwischen 2% und 2,8%. Für die Nahrungsmittelindustrie errechnen sich 2,3% und in den Dienstleistungsbereichen ist es meist noch weniger. Letzteres gilt besonders für die öffentlich Bediensteten, deren Bezüge heuer im Schnitt nur um 1,5% angehoben werden; für 2002 wurde eine Erhöhung um 0,8% vereinbart, doch wird 2003 nachverhandelt, falls die Inflationsrate darüber liegen sollte. Da sich in den Abschlüssen die Produktivitätsfortschritte der einzelnen Wirtschaftszweige weitestgehend widerspiegeln, sind sie als stabilitätsgerecht zu qualifizieren.

## Wirtschaftsentwicklung im Jahre 2001

Als **weltwirtschaftliche Rahmenbedingungen** werden angenommen: In den **Vereinigten Staaten** erhöht sich das reale Bruttoinlandsprodukt um ungefähr  $1\frac{3}{4}\%$ . Die gesamtwirtschaftliche Erzeugung expandiert in **Japan** um etwa 1%. In **Mitteleuropa** nehmen Nachfrage und Produktion um rund  $3\frac{1}{4}\%$  zu. In **Westeuropa** wird das reale Bruttoinlandsprodukt um reichlich  $2\frac{1}{2}\%$  ausgeweitet; für die EU und den Euro-Raum sind etwa gleiche Raten zu erwarten, während die Zunahme in Deutschland knapp  $2\frac{1}{2}\%$  beträgt. Der Einfuhrpreis für **Rohöl** liegt in den westlichen Industrieländern im Schnitt des Jahres bei 25,5 US-Dollar pro Barrel. Die Preise für **Industrierohstoffe** (ohne Öl) sinken auf Dollar-Basis unter das Niveau des Jahres 2000. Der **Wechselkurs des Euro** bewegt sich im Laufe des Jahres innerhalb einer Bandbreite von 0,90 bis 1 US-Dollar. Das Volumen des **Welthandels** steigt in einer Größenordnung von 7%.

In **Österreich** setzt sich das Wirtschaftswachstum bis weit in das laufende Jahr hinein verlangsamt fort. Hierauf deuten auch die jüngsten Ergebnisse von Unternehmensbefragungen hin. Denn das erheblich weniger günstige weltwirtschaftliche Umfeld dämpft die Ausfuhrerweiterung spürbar, zumal sich der Euro gegenüber dem US-Dollar, dem Pfund Sterling und dem Yen weiter aufwertet. Außerdem wirkt die Wirtschaftspolitik insgesamt bremsend, so dass auch die Inlandsnachfrage weniger lebhaft zunimmt. Erst im späteren Verlauf des Jahres weist die Konjunkturtendenz wieder stärker aufwärts, gestützt von außenwirtschaftlichen Impulsen. Das **Bruttoinlandsprodukt** dürfte sich um reichlich  $2\frac{1}{4}\%$  erhöhen. Dabei bleibt jedoch die Lage auf dem Arbeitsmarkt günstig, und der Preisauftrieb wird schwächer. Auch ist mit einem niedrigeren Fehlbetrag der Leistungsbilanz zu rechnen.

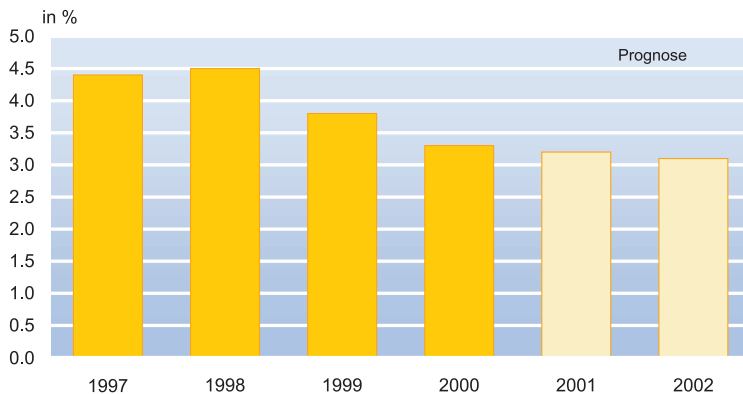
### Veränderungsraten des realen BIP und seiner Komponenten

– in % –

	1999	2000 <sup>a)</sup> Wifo <sup>b)</sup>	2001 <sup>a)</sup> Wifo <sup>b)</sup> EU <sup>c)</sup> OECD <sup>d)</sup>	2002 <sup>a)</sup> Wifo <sup>b)</sup> EU <sup>c)</sup> OECD <sup>d)</sup>
Bruttoinlandsprodukt	2,8	3,3	2,6 2,9 2,9	2,8 2,8 2,6
Inlandsnachfrage	2,6	2,7	2,2 2,2 2,2	2,3 2,3 2,1
Privater Verbrauch	2,3	2,7	2,0 2,2 2,3	2,3 2,4 2,3
Staatsverbrauch	3,2	2,5	1,5 – 0,2 0,0	1,5 – 0,4 – 1,0
Bruttoanlageinvestitionen	3,2	3,7	2,3 4,0 3,5	3,1 4,2 3,4
Exporte <sup>e)</sup>	7,6	7,5	5,8 8,6 8,4	6,2 8,2 7,3
Importe <sup>e)</sup>	7,1	6,3	5,1 7,1 7,2	5,2 7,5 6,6
Industrieproduktion	2,3	6,5	4,5 n.a. 6,5	5,0 n.a. 4,5
Konsumentenpreise	0,6	2,4	1,5 1,8 1,9	1,3 1,6 1,8
Arbeitslosenquote	3,8	3,3	3,2 3,0 4,2	3,2 2,7 4,0
Leistungsbilanz <sup>f)</sup>	– 2,8	– 3,0	– 2,4 – 3,1 – 2,5	– 2,0 – 2,9 – 2,0
Finanzierungssaldo des Staates <sup>f)</sup>	– 2,1	– 1,4	– 0,8 – 0,8 – 0,7	0,0 – 0,5 0,0

<sup>a)</sup> Schätzungen. – <sup>b)</sup> Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung, Wien, vom Dezember 2000. – <sup>c)</sup> Europäische Kommission, Brüssel, vom Oktober 2000. – <sup>d)</sup> Organisation for Economic Cooperation and Development, Paris, vom November 2000. – <sup>e)</sup> Güter und Dienstleistungen. – <sup>f)</sup> In Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP).

## Arbeitslosenquote



Quelle: EUROSTAT, Prognose des ifo Instituts.

Der **Export** von Gütern und Dienstleistungen (etwa + 5 1/4%) ist zwar erneut die dynamischste Komponente auf der Nachfrageseite. Aber das Abflauen des im Vorjahr außerordentlich starken Ausfuhranstiegs in Regionen außerhalb Westeuropas, bedingt durch wesentlich schwächeres Wirtschaftswachstum und die Aufwertung des Euro, wirkt deutlich retardierend, obwohl die Industrie ihre überwiegend günstige preisliche Wettbewerbsposition dank weiterhin großer Produktivitätsfortschritte in etwa halten kann. Vor allem ist aber bei der westeuropäischen Konjunktur mit einer langsameren Gangart zu rechnen; in Westeuropa werden rund 70% der Warenexporte abgesetzt. Vergleichsweise kräftig bleibt hingegen die Zunahme des Exports nach Mittel- und Osteuropa, wohin etwa 17% der Lieferungen gehen. Die **Einfuhr** nimmt vermutlich um ca. 4 3/4% zu. Spürbar verbesserte Terms of Trade sowie eine günstigere Entwicklung der Tourismusbilanz (die Österreicher werden ihre Reiseausgaben nur verhalten steigern) lassen einen Rückgang des Defizits der **Leistungsbilanz** auf ungefähr 2 1/2% des BIP erwarten.

Die Entwicklung der **Bruttoanlageinvestitionen** wird heuer durch den Fortfall der Investitionsprämie geprägt; das gilt für Ausrüstungs- und Bauinvestitionen gleichermaßen. Im vergangenen Jahr kam es deshalb zu Vorzieheffekten, die nun die Expansion des Investitionsvolumens drücken. In die gleiche Richtung wirken die etwas gedämpfteren Absatz- und Ertragsaussichten sowie die zunächst leicht sinkende Auslastung der Kapazitäten in der verarbeitenden Industrie. In die Rationalisierung wird weiterhin überdurchschnittlich investiert, um die internationale preisliche Wettbewerbsfähigkeit mittels anhaltend hoher Produktivitätsgewinne halten zu können. Die ohnehin schwache Zunahme der Bauinvestitionen verlangsamt sich weiter, und dies nicht nur wegen der vorjährigen Vorzieheffekte. Denn die Rezession im Wohnungsneubau setzt sich fort, nach dem Investitionsschub der beiden Vorjahre expandiert der gewerblich-industrielle

Bau langsamer, und beim öffentlichen Bau bremst die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte.

Der **private Konsum** nimmt mit gut 1 3/4% spürbar langsamer zu als voriges Jahr: Die Beschäftigung steigt langsamer, Steuer- und Abgabenerhöhungen mindern die Kaufkraft, die Gehälter und Pensionen der Beamten werden nur schwach heraufgesetzt. Erfahrungsgemäß werden die Verbraucher hierauf mit einer Verringerung ihrer Sparquote reagieren. Aber angesichts der weniger günstigen Konjunktur und des Strukturwandels im Lande ist kaum damit zu rechnen, dass diese kräftig sinken wird. In die gleiche Richtung weist auch die Entwicklung des auf der Basis von Konsumentenbefragungen erhobenen Konsumklimas. Der **öffentliche Verbrauch** dürfte um etwa 1 1/4% ausgeweitet werden.

Die Lage auf dem **Arbeitsmarkt** bleibt günstig, auch wenn die Beschäftigung langsamer zunimmt als bisher. Die Arbeitslosigkeit verringert sich nochmals, auch weil bei der Gewährung von Arbeitslosenunterstützung schärfere Maßstäbe angelegt werden. Vielfach ist der Bedarf an Fachkräften weiterhin nicht zu decken. Die Arbeitslosenquote dürfte im Schnitt des Jahres auf knapp 3 1/4% sinken.

Der Preisauftrieb verlangsamt sich im Laufe des Jahres. In der jüngsten Entwicklung der Erzeugerpreise ist eine derartige Entwicklung bereits angelegt. Der im Vergleich zu 2000 niedrigere Ölpreis, der höhere Wechselkurs des Euro sowie die weniger lebhaftere Konjunktur stabilisieren. Außerdem wirkt sich die fortschreitende Deregulierung und Liberalisierung inflationsdämpfend aus. Mitte des Jahres gibt es zudem einen Basiseffekt (zum 1. Juli 2000 waren Verbrauchsteuern heraufgesetzt worden). Und schließlich gilt ein neu gewichteter Warenkorb für den Verbraucherpreisindex, der eine geringere Teuerung als der alte ausweist. Die **Konsumentenpreise** dürften im Jahresdurchschnitt um reichlich 1 1/2% steigen.

## Wirtschaftsentwicklung im Jahre 2002

Als **weltwirtschaftliche Rahmenbedingungen** werden angenommen: In den **Vereinigten Staaten** steigt das reale Bruttoinlandsprodukt um ca. 2 3/4%. Nachfrage und Produktion nehmen in **Japan** um annähernd 1 1/2% zu. In **Mitteleuropa** expandiert die gesamtwirtschaftliche Erzeugung um rund 3 1/2%. In **Westeuropa**, in der EU und im Euro-Raum erhöht sich das reale Bruttoinlandsprodukt neuerlich um fast 2 3/4%; in Deutschland dürfte es um gut 2 1/4% ausgeweitet werden. Der Preis für **Rohöl** beträgt im Jahresdurchschnitt reichlich

25 US-Dollar pro Barrel. Die Preise für **Industrierohstoffe** (ohne Öl) entsprechen etwa dem Niveau von 2001. Der **Wechselkurs des Euro** liegt im Schnitt des Jahres innerhalb einer Bandbreite von 0,95 bis 1,05 US-Dollar. Das Volumen des **Welthandels** expandiert um ungefähr 7 1/2%.

In **Österreich** gewinnt die Konjunktur allmählich wieder an Schwung. Stimulierend wirkt trotz weiter aufwärts tendierendem Wechselkurs des Euro vor allem die lebhaftere Auslandsnachfrage. Zudem wird die Wirtschaftspolitik nur mehr wenig bremsen. Das **reale Bruttoinlandsprodukt** dürfte um etwa 2 1/2% expandieren. Diese Rate entspricht ungefähr der Ausweitung des Produktionspotentials, so dass gesamtwirtschaftliche Spannungen nicht zu erwarten sind. Auf dem Arbeitsmarkt wird die Lage unverändert günstig sein. Der Preisauftrieb bleibt moderat. Das Defizit der Leistungsbilanz sinkt in Relation zum BIP weiter.

Die **Ausfuhr** von Gütern und Dienstleistungen (ca. + 6%) bildet den wichtigsten Treibsatz der Konjunktur. Impulse kommen in erster Linie von außereuropäischen, wieder deutlich im konjunkturellen Aufwind befindlichen Regionen wie Nordamerika und Südostasien, aber auch aus Mittel- und Osteuropa sowie aus Westeuropa. Infolge der im westeuropäischen Vergleich überdurchschnittlich vor- und zwischenproduktlastige Exportstruktur profitiert die Ausfuhr erfahrungsgemäß besonders von dem mit der weltweiten Konjunkturerholung einhergehenden Lageraufbau. Die Erholung des Außenhandels wäre allerdings lebhafter, wenn die weitere Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar, dem Pfund Sterling und dem Yen nicht bremsen würde, was gerade auch der Ausländerfremdenverkehr zu spüren bekommt; die positive Kehrseite hierzu ist eine Verbilligung des Imports. Die **Einfuhr** nimmt neuerlich schwächer als die Ausfuhr zu. Bei weiter verbesserten Terms of Trade dürfte die **Leistungsbilanz** erneut ein niedrigeres Defizit ausweisen.

Die **Bruttoanlageinvestitionen** dürften um etwa 3% expandieren. Hinter dieser Rate steht die Annahme einer Erholung im Verlauf des Jahres. Das gilt sowohl für die Ausrüstungs- als auch für die Bauinvestitionen; zumal sich die Entwicklung in beiden Bereichen nach der Verzerrung in den Jahren 2000/2001 (Fortfall der Investitionszulage) normalisiert. Inwieweit Österreich infolge der deutschen Steuerreform 2001 als Investitionsstandort zugunsten Deutschlands für ausländische Investoren nennenswert an Attraktivität einbüßt, lässt sich noch nicht beurteilen. Auf sinkende Zinsen, die Verbesserung von Absatz und Ertragserwartungen sowie – etwas verzögert – der steigenden Kapazitätsauslastung reagieren die Ausrüstungsinvestitionen als erstes und überdurchschnittlich lebhaft. Schwerpunktmäßig wird in die Rationalisierung investiert. Der Bau findet vermutlich, mitbedingt durch niedrigere Zinsen, aus der vorjährigen Flaute heraus, zumal die Rezession im Wohnungsneubau auszu-

laufen beginnt. Auch wird die öffentliche Hand wieder etwas mehr in die Infrastruktur investieren.

Der **private Konsum** expandiert um etwa 2%, also leicht beschleunigt. Die Beschäftigung nimmt rascher zu, die Reallöhne steigen nach den erhöhten Steuer- und Abgabenbelastungen 2000/2001 stärker, und auch das günstigere konjunkturelle Umfeld wirkt positiv auf das Konsumklima. Allerdings werden die Verbraucher ihre Sparquote wieder erhöhen. Diese wurde als Reaktion auf den Ölpreis- und wechselkursbedingten Kaufkraftabfluss sowie auf die fiskalischen Zusatzlasten in den beiden letzten Jahren gesenkt. Erfahrungsgemäß erfolgt hierauf bei Normalisierung der Verhältnisse ein prompter Ausgleich. Der **öffentliche Verbrauch** dürfte vermutlich um rund 1% ausgeweitet werden im Zuge der auf Sparsamkeit gerichteten Finanzpolitik.

Auf dem **Arbeitsmarkt** bleibt die Lage günstig und verbessert sich im späteren Verlauf des Jahres sogar noch etwas. Die Beschäftigung erhöht sich leicht, und die Zahl der Arbeitslosen sinkt, auch weil die Arbeitsverwaltung weiter bestrebt ist, das Arbeitskräftepotential besser auszuschöpfen. Die Knappheit an qualifizierten Kräften bleibt trotz reger Ausbildungstätigkeit spürbar. Die Arbeitslosenquote dürfte im Jahresdurchschnitt auf ungefähr 3% zurückgehen.

Die Preise steigen verhalten. Diese Tendenz ist bereits durch die Entwicklung der Erzeugerpreise angelegt. Auch sind mäßige und weiterhin an den Produktivitätsfortschritten orientierte Lohnerhöhungen zu erwarten. Außerdem schlägt nun der statistische Basiseffekt nach dem Steuer- und Abgabenerhöhungsschub der Vorjahre voll in Richtung Stabilisierung durch. Und die Deregulierungen führen zu weiteren Preissenkungen. Im Schnitt des Jahres dürften die **Konsumentenpreise** um fast 1 1/2% steigen.

### Summary

*The buoyant mainly export driven upswing that started in mid 1999 peaked already in summer 2000. The ensuing slowdown was caused by less dynamic exports and private consumption lost momentum due to the drain of purchasing power from restrictive fiscal policy and oil price hikes as well as the devaluation of the euro against the US dollar. Real GDP grew by about 3 1/4% with the unemployment rate dropping to ca. 3 1/4% on average and the general budget deficit declining to roughly 1.4% of GDP. On the other hand prices picked up significantly (CPI + 2% after 0.5% in 1999), and the deficit of the current account widened.*

*The wind of change which began to blow after the inauguration of a centre-right government in February 2000 concerns economic policy in general and structural matters in particular. Economic policy is expected to have a clearly*

*dampening impact on economic growth in 2001. In 2002 the stance is likely to become almost neutral since monetary policy will stimulate the economy while fiscal policy remains restrictive and the euro continues to revalue against the US dollar. The restrictive impact of fiscal policy is likely to be 1/4 percentage point of GDP in both years. Despite further strict consolidation orientation the public deficit will not vanish before 2003.*

*Economic growth is likely to lose momentum well into the year 2001 with real GDP rising by about 2 1/4%. Apart from restrictive fiscal and monetary policy the less buoyant world economy – and a Western European economy that absorbs about 70% of exports – will have a dampening effect. Gross fixed capital formation will be affected by less favourable sales and profit expectations, declining capacity utilisation and the abolition of the investment premium at the end of 2000. The recession in the construction of new dwellings will continue. Slower growth of employment and small gains of purchasing power will trigger slower expansion of private consumption despite a drop of the savings rate. This will contribute to a more moderate price increase along with more favourable import prices, bringing the rise of consumer prices down to ca. 1 1/2% on average. The unemployment rate will drop to almost 3 1/4% on average. The current account deficit will also decline due to more favourable terms of trade.*

*In 2002 real GDP might grow by about 2 1/2% since economic policy will be only slightly restrictive the dampening effect of the abolition of the investment premium will be running out and the recovery of the world economy will gain momentum. Real GDP can be expected to rise by about 2 1/2%, with exports, gross fixed capital formation and private consumption growing buoyantly in the course of the year. The situation in the labour market will become somewhat more favourable with the unemployment rate dropping to ca. 3%. Inflation will remain moderate (CPI almost + 1 1/2%) also due to somewhat lower import prices and modest wage increases. The deficit of the current account can be expected to shrink again since the terms of trade are likely to improve further.*

Abgeschlossen am 20. Februar 2001